

Verbandschef aus Rudersberg zu Bauernprotest: Wie sich Agrarpolitik ändern muss

Mathias Ellwanger

Seit Montag protestieren Landwirte gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. Der Bauernverband als politische Vertretung des Berufsstands hat zu einer Aktionswoche aufgerufen. Doch es gibt daneben auch andere Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Wie steht sie zu den Protesten – und was fordert sie von der Politik?

Der [Rudersberger](#) Stefan Klett ist Landesvorsitzender des Berufsverbands und betreibt in dem Teilort Oberndorf eine extensiv arbeitende Streuobstschäferei auf einer Fläche von 56 Hektar. Was die AbL vom Bauernverband unterscheidet? „Wir sehen uns als Berufsvertretung bäuerlicher Landwirtschaft, egal ob konventionell oder ökologisch. Wir sind gegen agrarindustrielle Strukturen sowie Großbetriebe“, sagt Klett. Im Gegensatz zum schlagkräftigen Bauernverband sei die AbL zudem fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert.

Rudersberger Landesvorsitzender des Berufsverbands: „Wir brauchen eine bessere Verhandlungsposition am Markt“

An den Protesten haben sich manche Mitglieder beteiligt, zum Protest aufgerufen hat der Verband indes nicht. Auch Klett selbst hat nicht teilgenommen. „Mir persönlich und der AbL ist es zu wenig, was der Bauernverband fordert“, sagt der 40-Jährige. Denn „im Grunde haben wir seit über 20 Jahren eine verfehlte Agrarpolitik“. Die angekündigten und dann teils wieder zurückgenommenen Kürzungen hätten das Fass lediglich zum Überlaufen gebracht. „Der Unmut hat sich lange angestaut“.

Die Subventionskürzungen seien zwar für die meisten Betriebe nicht existenzbedrohend, würden aber eher die Kleinen treffen, die ohnehin zu kämpfen hätten. Und von denen gibt es im Südwesten mit seiner historisch kleinteiligen Struktur besonders viele. Die im Hauruck-Verfahren angekündigten Kürzungen seien vielen sauer aufgestoßen und hätten den Berufsstand überproportional getroffen. Klar sei aber auch: „Solche Subventionen sind langfristig nicht mehr tragbar“. Es sei absehbar, dass fossile Rohstoffe nicht mehr lange gefördert werden können.

Und aus Sicht der AbL sei das auch nicht der eigentliche Knackpunkt bei der Agrarpolitik: „Wir brauchen eine bessere Verhandlungsposition am Markt, um kostendeckend produzieren zu können“, sagt Klett. Dass etwa der Milchpreis trotz zuletzt stark gestiegener Kosten immer noch auf dem Niveau von vor 15 Jahren liege, mache es den Landwirten nicht gerade leicht.

Hinzu kämen zunehmende ordnungsrechtliche und bürokratische Auflagen wie die Düngeverordnung, was Mehrkosten verursache, die nicht an die Verbraucher weitergegeben werden könnten.

Vorschläge für eine bessere Agrarpolitik liegen auf dem Tisch

Das Problem sei die starke Abhängigkeit von den Handelskonzernen, die Preise drückten. Dabei gäbe es durchaus einen rechtlichen Rahmen, um bessere Bedingungen für Landwirte zu schaffen, so Klett. Artikel 148 der „Gemeinsamen Marktordnung“ ermöglicht innerhalb der Europäischen Union, dass Produzenten und Molkereien direkte Vertragsverhandlungen aufnehmen können. Darin geregelt wären Mengen, Qualitäten, Laufzeiten sowie ein fester Preis. In Spanien etwa sei dies bereits geschehen. „Dort gab es zuvor höchst ruinöse Milchpreise.“ Durch die gemeinsame Marktordnung seien nun kostendeckende Preise möglich. „Wir fordern das seit langer Zeit ein und wollen das nicht nur im Bereich der Milch, sondern auch auf alle anderen landwirtschaftlichen Bereiche ausdehnen“.

Der Bauernverband habe sich indes wiederholt dagegen ausgesprochen. „Die Anwendung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation wird jedoch die von einigen politischen Akteuren geschürten Hoffnungen nicht erfüllen können“, heißt es etwa in einer Pressemitteilung seitens des Bundesverbands.

Besseres Tierwohl sollte durch Anreize gefördert werden

Auch habe es in den vergangenen Jahren durchaus vielversprechende politische Ansätze gegeben. Etwa die Empfehlungen des „Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung“, der sogenannten Borchert-Kommission, die 2020 Empfehlungen an die Politik formulierte, um „schrittweise auf ein hohes und deutlich über EU-Standard hinausgehendes Tierwohlniveau“ zu kommen, wie es in dem damaligen Bericht heißt. Bessere Haltungsbedingungen sollten sich für die Landwirte lohnen, so die Idee. Doch die Empfehlungen wurden nie umgesetzt, die Kommission löste sich im Mai 2023 auf.

Die AbL hat die Vorschläge damals begrüßt. Denn „der gesellschaftliche Druck zu mehr Tierwohl steigt“. Die Kommission hatte unter anderem eine Tierwohlabgabe vorgeschlagen, dadurch sollten Stallumbauten gefördert werden. Über die Erzeugerpreise sei das für viele Betriebe kaum möglich. Ein kürzlich vorgelegter Sechs-Punkte-Plan der AbL greift Teile diese Vorschläge nun auf.

Weshalb Stefan Klett nicht an den Bauernprotesten teilnahm

Was hält der Rudersberger Streuobstschäfer Stefan Klett eigentlich persönlich von den Protesten gegen die Regierung? „Ich war nicht auf den Demos, weil es mir zu platt ist zu sagen: Die Ampel muss weg.“ Er findet: „Wir brauchen einen Verhandlungspartner mit demokratischer Legitimation.“ Um die Richtigen zu treffen, wäre es aus seiner Sicht zudem sinnvoller, nicht die Straßen lahmzulegen, sondern die Zentralen der Handelskonzerne.

Er verstehe auch nicht, dass sich Teile der protestierenden Landwirte so sehr auf den Landwirtschaftsminister und die Grünen als Gegner fokussieren würden. Die Kürzungen seien schließlich vom Finanzminister vorgeschlagen worden.

Verbandschef aus Rudersberg: Der Protest sei legitim

Und: Nicht alles, was schief läuft, sei ausschließlich der amtierenden Bundesregierung anzulasten. „Die Fehler in der Agrarpolitik reichen lange zurück – und die meiste Zeit hat die CDU das Ministerium geführt“. Das Höfesterben und damit einhergehende Konzentrationsprozesse seien längst am Laufen. Heute gibt es noch rund 240.000 Betriebe, in den neunziger Jahren waren es in Deutschland noch knapp dreimal so viele.

„Aber ich verurteile die Leute nicht, die auf die Straße gehen“, betont Klett. Der Protest sei legitim.

Die AbL selbst ist zudem bereits seit 2010 Mitorganisatorin der „Wir haben es satt“-Demos, die sich für eine gentechnikfreie, bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft einsetzen. Die nächste davon findet bereits am Samstag, 20. Januar, in Berlin statt.

Seit Montag protestieren Landwirte gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. Der Bauernverband als politische Vertretung des Berufsstands hat zu einer Aktionswoche aufgerufen. Doch es gibt daneben auch andere Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Wie steht sie zu den Protesten – und was fordert sie von der Politik?

Der [Rudersberger](#) Stefan Klett ist Landesvorsitzender des Berufsverbands und betreibt in dem Teilort Oberndorf eine extensiv arbeitende Streuobstschäuferei auf einer Fläche von 56 Hektar. Was die AbL vom Bauernverband unterscheidet? „Wir sehen uns als Berufsvertretung bäuerlicher Landwirtschaft, egal ob konventionell oder ökologisch. Wir sind gegen agrarindustrielle Strukturen sowie Großbetriebe“, sagt Klett. Im Gegensatz zum schlagkräftigen Bauernverband sei die AbL zudem fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert.

Rudersberger Landesvorsitzender des Berufsverbands: „Wir brauchen eine bessere Verhandlungsposition am Markt“

An den Protesten haben sich manche Mitglieder beteiligt, zum Protest aufgerufen hat der Verband indes nicht. Auch Klett selbst hat nicht teilgenommen. „Mir persönlich und der AbL ist es zu wenig, was der Bauernverband fordert“, sagt der 40-Jährige. Denn „im Grunde haben wir seit über 20 Jahren eine verfehlte Agrarpolitik“. Die angekündigten und dann teils wieder zurückgenommenen Kürzungen hätten das Fass lediglich zum Überlaufen gebracht. „Der Unmut hat sich lange angestaut“.

Die Subventionskürzungen seien zwar für die meisten Betriebe nicht existenzbedrohend, würden aber eher die Kleinen treffen, die ohnehin zu kämpfen hätten. Und von denen gibt es im Südwesten mit seiner historisch kleinteiligen Struktur besonders viele. Die im Hauruck-Verfahren angekündigten Kürzungen seien vielen sauer aufgestoßen und hätten den Berufsstand überproportional getroffen. Klar sei aber auch: „Solche Subventionen sind langfristig nicht mehr tragbar“. Es sei absehbar, dass fossile Rohstoffe nicht mehr lange gefördert werden können.

Und aus Sicht der AbL sei das auch nicht der eigentliche Knackpunkt bei der Agrarpolitik: „Wir brauchen eine bessere Verhandlungsposition am Markt, um kostendeckend produzieren zu können“, sagt Klett. Dass etwa der Milchpreis trotz zuletzt stark gestiegener Kosten immer noch auf dem Niveau von vor 15 Jahren liege, mache es den Landwirten nicht gerade leicht.

Hinzu kämen zunehmende ordnungsrechtliche und bürokratische Auflagen wie die Düngeverordnung, was Mehrkosten verursache, die nicht an die Verbraucher weitergegeben werden könnten.

Vorschläge für eine bessere Agrarpolitik liegen auf dem Tisch

Das Problem sei die starke Abhängigkeit von den Handelskonzernen, die Preise drückten. Dabei gäbe es durchaus einen rechtlichen Rahmen, um bessere Bedingungen für Landwirte zu schaffen, so Klett. Artikel 148 der „Gemeinsamen Marktordnung“ ermöglicht innerhalb der Europäischen Union, dass Produzenten und Molkereien direkte Vertragsverhandlungen aufnehmen können. Darin geregelt wären Mengen, Qualitäten, Laufzeiten sowie ein fester Preis. In Spanien etwa sei dies bereits geschehen. „Dort gab es zuvor höchst ruinöse Milchpreise.“ Durch die gemeinsame Marktordnung seien nun kostendeckende Preise möglich. „Wir fordern das seit langer Zeit ein und wollen das nicht nur im Bereich der Milch, sondern auch auf alle anderen landwirtschaftlichen Bereiche ausdehnen“.

Der Bauernverband habe sich indes wiederholt dagegen ausgesprochen. „Die Anwendung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation wird jedoch die von einigen politischen Akteuren geschürten Hoffnungen nicht erfüllen können“, heißt es etwa in einer Pressemitteilung seitens des Bundesverbands.

Besseres Tierwohl sollte durch Anreize gefördert werden

Auch habe es in den vergangenen Jahren durchaus vielversprechende politische Ansätze gegeben. Etwa die Empfehlungen des „Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung“, der sogenannten Borchert-Kommission, die 2020 Empfehlungen an die Politik formulierte, um „schrittweise auf ein hohes und deutlich über EU-Standard hinausgehendes Tierwohlniveau“ zu kommen, wie es in dem damaligen Bericht heißt. Bessere Haltungsbedingungen sollten sich für die Landwirte lohnen, so die Idee. Doch die Empfehlungen wurden nie umgesetzt, die Kommission löste sich im Mai 2023 auf.

Die AbL hat die Vorschläge damals begrüßt. Denn „der gesellschaftliche Druck zu mehr Tierwohl steigt“. Die Kommission hatte unter anderem eine Tierwohlabgabe vorgeschlagen, dadurch sollten Stallumbauten gefördert werden. Über die Erzeugerpreise sei das für viele Betriebe kaum möglich. Ein kürzlich vorgelegter Sechs-Punkte-Plan der AbL greift Teile diese Vorschläge nun auf.

Weshalb Stefan Klett nicht an den Bauernprotesten teilnahm

Was hält der Rudersberger Streuobstschäfer Stefan Klett eigentlich persönlich von den Protesten gegen die Regierung? „Ich war nicht auf den Demos, weil es mir zu platt ist zu sagen: Die Ampel muss weg.“ Er findet: „Wir brauchen einen Verhandlungspartner mit demokratischer Legitimation.“ Um die Richtigen zu treffen, wäre es aus seiner Sicht zudem sinnvoller, nicht die Straßen lahmzulegen, sondern die Zentralen der Handelskonzerne.

Er verstehe auch nicht, dass sich Teile der protestierenden Landwirte so sehr auf den Landwirtschaftsminister und die Grünen als Gegner fokussieren würden. Die Kürzungen seien schließlich vom Finanzminister vorgeschlagen worden.

Verbandschef aus Rudersberg: Der Protest sei legitim

Und: Nicht alles, was schief läuft, sei ausschließlich der amtierenden Bundesregierung anzulasten. „Die Fehler in der Agrarpolitik reichen lange zurück – und die meiste Zeit hat die CDU das Ministerium geführt“. Das Höfesterben und damit einhergehende Konzentrationsprozesse seien längst am Laufen. Heute gibt es noch rund 240.000 Betriebe, in den neunziger Jahren waren es in Deutschland noch knapp dreimal so viele. „Aber ich verurteile die Leute nicht, die auf die Straße gehen“, betont Klett. Der Protest sei legitim.

Die AbL selbst ist zudem bereits seit 2010 Mitorganisatorin der „Wir haben es satt“-Demos, die sich für eine gentechnikfreie, bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft einsetzen. Die nächste davon findet bereits am Samstag, 20. Januar, in Berlin statt.

Sechs-Punkte-Plan für die Agrarpolitik

Als Reaktion auf die Proteste hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft einen Sechs-Punkte-Plan als „**notwendiges Maßnahmenpaket**“ vorgeschlagen. Das wird von dem Verband darin konkret gefordert:

Erstens: „Bäuerinnen und Bauern sollten endlich in die Lage versetzt werden, mit dem nachgelagerten Bereich auf Augenhöhe zu verhandeln.“ Sprich: Der Verband fordert direkte Vertragsverhandlungen zwischen Produzenten und verarbeitenden Betrieben.

Zweitens fordert der Verband die Einführung einer Tierwohlabgabe zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung. Diese soll dadurch artgerechter und umweltverträglicher werden.

Drittens soll der Grunderwerbsteuersatz beim Landkauf „für Akteure mit stark überdurchschnittlichem Landbesitz“ erhöht werden. Dies soll dem Trend zur Monokultur und Agroindustrie entgegenwirken.

Viertens soll die Ausgestaltung der Prämien für Umweltleistungen innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union geändert werden. „Würden die Prämien in einem Umfang erhöht, der einen Teil der Zahlung als Gewinnbeitrag auf den Betrieb bringt, hätten Bäuerinnen und Bauern endlich die Möglichkeit, mit Umweltleistungen auch Einkommen zu generieren“, heißt es in dem Plan.

Fünftens sollen die EU-Prämien zur „Einkommensstützung“ neu geordnet werden und stärker auf Betriebe mit tatsächlichem Bedarf ausgerichtet werden. Aktuell profitieren davon größere Betriebe stärker.

Sechstens soll die Gentechnikfreiheit auf den Feldern gesichert werden, um Einkommensverluste zu vermeiden. Die EU-Kommission plane nämlich gerade die Deregulierung neuer Gentechniken. „Risikoprüfung, Kennzeichnungspflicht, Koexistenz- und Haftungsregelungen würden abgeschafft. Eine gentechnikfreie konventionelle und ökologische Erzeugung von Lebensmitteln wäre dann nicht mehr möglich“, heißt es in dem Papier der AbL.

Weitere **Informationen** zur AbL online unter www.abl-ev.de